

# Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nummer 1/2/3

Jänner/Februar/März 1983

5 Schilling

## Darum geht es am 24. April

Worum es bei der Nationalratswahl am 24. April geht, das ist in den letzten Wochen und Monaten den Österreichern eindringlich vor Augen geführt worden. Mit aller Deutlichkeit haben wir Sozialisten gesagt, daß an diesem Tag die Frage entschieden werden muß, ob in Österreich die erfolgreiche Politik der Jahre seit 1970 weitergeführt werden kann oder ob das Ruder unseres Staatsschiffes unerfahrenen Leuten für Experimente überlassen werden soll, die wir uns einfach nicht leisten können.

Österreich ist in den letzten Jahren moderner und menschlicher zugleich geworden. Am schwersten aber wiegt der Erfolg der Beschäftigungspolitik. Wir Sozialisten haben bewiesen, daß für uns die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus von erster Bedeutung ist. Das ist nicht überall so. In konservativ regierten Ländern, wie Großbritannien oder Belgien, gibt es eine Arbeitslosigkeit, wie es sie bei uns in den dreißiger Jahren gegeben hat. Auf diesen Weg will die ÖVP Österreich führen, auch wenn sie das Gegenteil behauptet. Denn ihre Kürzungsprogramme können keine neuen Arbeitsplätze schaffen, sie würden vielmehr Zehntausende Arbeitsplätze vernichten.

Darum geht es also am 24. April: Kann die Politik des österreichischen Weges, der Beschäftigungssicherung und der in die Zukunft gerichteten Reformen fortgeführt werden oder geht Österreich den konservativen Weg der Arbeitsplatzvernichtung und des Zurücks in die fünfziger Jahre.

Nützen wir diese letzten Tage und Wochen, um es allen unseren Freunden und Bekannten zu sagen, bleiben wir nicht stumm, sondern setzen wir uns mit der Überzeugung jener ein, die aus eigener Anschauung wissen, wie es einmal war und daß es nie wieder so kommen darf. Sagen wir den Menschen:

## Österreich braucht Kreisky und die SPÖ

# Der Verfassungsbruch vom 4. März 1933

Die Nebenregierung der Heimwehr diktiert den Kurs. Nun verlangt die Sozialdemokratische Partei angesichts der infolge der brutalen Liquidierung des kurzfristigen Eisenbahnerstreiks entstandenen innenpolitischen Erregungen die sofortige Einberufung des Nationalrates. Präsident Dr. Karl Renner veranlaßt sie, beruft sie für den 4. März 1933, 15 Uhr, ein.

Ich traf am 4. März mittags in Wien ein und kam zeitgerecht in den Klub, wo ich Näheres erfuhr. Im Sitzungssaal herrschte höchste Erregung. Sie galt dem Dringlichkeitsantrag unserer Partei, die Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber den Eisenbahnern zu annullieren, und einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung Dollfuß. Die Debatte verlief begreiflicherweise äußerst stürmisch. Abgeordneter König begrüßte ruhig und sachlich den Antrag auf Rücknahme aller verfügten Maßregelungen. Die Großdeutschen, die nicht mehr der Regierung angehörten, unterstützten durch einen vom Abgeordneten Dr. Schürff eingebrachten eigenen Antrag die streikenden Eisenbahner. Die beiden Heimwehrabgeordneten Neustädter-Stürmer und der primitive Hetzer Lichtenegger bemühten sich in provozierender Weise, den Streik als einen politischen Willkürakt hinzustellen. Tatsache war, daß der Generaldirektor der ÖBB — ohne Fühlungnahme mit der Eisenbahnergewerkschaft — die monatliche Auszahlung der Löhne und Gehälter in drei Raten angeordnet hatte. Der Antrag Königs wurde zwar abgelehnt, für den großdeutschen Antrag ergab die Auszählung der Stimmen aber das überraschende Resultat von 81 zu 80 für den Antrag. Es wurde von den Großdeutschen und den Sozialdemokraten stürmisch akklamiert. Doch gab es — nach



Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky am 4. März 1933 bei der Gedenksitzung des Nationalrats: „Die Gesprächsbasis muß auch bei noch so harten Auseinandersetzungen erhalten bleiben. Die Konsensbereitschaft muß immer wieder unter Beweis gestellt werden.“

einer bestürzenden Unterbrechung der Sitzung — noch eine Überraschung. Bei der Nachkontrolle stellte sich heraus, daß zwei Stimmzettel auf den Namen des Sozialdemokraten Abram, aber dafür keiner auf den Namen des Abgeordneten Scheibin abgegeben worden waren. Die beiden Abgeordneten saßen nebeneinander. Im Pult jedes Abgeordneten lagen auf seinen Namen vorgedruckte Stimmzettel mit Ja beziehungsweise Nein. Da beide Abgeordnete unserer Partei angehörten und Scheibin sich offenbar in der Lade vergriffen hatte, erklärte der Präsident Dr. Renner, daß keine Korrektur des Abstimmungsergebnisses notwendig sei.

Nun gab es auf der rechten Seite des Hauses lebhaften Widerspruch. Trotz des Proteststurmes wollte Renner die Abstimmung nicht wiederholen lassen, weil er der Meinung war, daß sich an dem Abstimmungsergebnis auch bei einer Wiederholung nichts ändern würde. Außerdem war bei einer erneuten Abstimmung am selben Tag ein Irrtum passiert. Der Kärntner Priester 1 irrümlicherweise zwei Stimmzettel Wiederholung des für die Christlichsozialen ausgegangenen Abstimmungsvorgang Hohe Haus nicht für notwendig befürchtete. Renners Entscheidung gab es nun, daß die Regierung äußerst bedrohlich zu annullieren hoffte, tumultösen Einbruch. Renner deklarierte nun, was sein Recht sei: „Die Sache ist für mich erledigt.“ Lärm noch größer wurde, fügte er in einem Stand hinzu: „Es ist unmöglich, das Präsidium zu führen, wenn ein so großer Teil des Hauses die Entscheidungen des Präsidenten widersprüchlich ablehnt.“ Seite des Hauses spendet lebhaften Beifall. Lärm ist groß.)

Dr. Ramek, der zweite — von der Christlichsozialen Partei entsandte — Präsident, übte nun ordnungsgemäß den Vorsitz. Doch das Präsidium der Partei offenkundig wider den Strich ging, weil nun Renner stimmberechtigt gewesen war, Dr. Ramek aber nicht. Ob abgekartetes Spiel, Ramek kann sich kaum Gehör verschaffen und demissionierte gleichfalls. Nun übernahm der dritte Präsident, der Großdeutsche Dr. Stauder, den Vorsitz, und unter dem Eindruck des andauernden Tumultes und der Verwirrung übte er — weitere Überlegung — mit seinen beiden Präsidialkollegen Solidarität und demissionierte gleichfalls, ohne daß er die Sitzung offiziell und formal geschlossen hatte.

Nun aber kam die Stunde des Kanzlers Dollfuß. Eine in Wahrheit für Österreich tragische Stunde. Er und seine getreuen, bedenkenlosen Schar, die in dieser Situation die langersehnte Gelegenheit, das Parlament auszuschalten, da es sich — nach gezielter Interpretation — „selbst ausschaltet“ habe. Renner und Straffner prüften gemeinsam die Lage und sind entschlossen, die Agenden des Präsidiums bis zur Neuwahl fortzuführen. Doch der Heimatblock und die Christlichsozialen blockieren auch die Ausschüsse durch Abstinenz und Obstruktion. Mit verbissener Konsequenz gelang nun die Regierung Dollfuß den Weg des offenkundigen, geradezu plumpen Verfassungsbruches weiter.

(Aus: Ernst Koref, zum 4. März 1933 — Vergeben, aber nicht vergessen, in: Vierzig Jahre danach, eine Veröffentlichung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1973.)

**Rich**  
Auf Seite 9  
Artikels „A  
unterlaufen  
Untensteh  
rektur fett

# 50 Jahre nach Hitlers Machtergreifung

## Hinter Hitler standen die mächtigsten Kräfte des Großkapitals

Die Bestellung Hitlers zum deutschen Reichskanzler am 30. Jänner 1933 bedeutete das Todesurteil für Millionen Menschen. Die Vergasungen in den Konzentrationslagern, die Morde bei den Verhören durch die Gestapo, das Grauen des Zweiten Weltkrieges, das alles wurde unvermeidlich, weil vor 50 Jahren nicht gelungen war die Machtergreifung Hitlers zu verhindern.

haben die demokratischen Rechte brutal mißbraucht, um die Demokratie zu zerstören. Aus dieser Erkenntnis gilt es auch in der Gegenwart zu lernen.

Genosse Hindels beschäftigte sich ausführlich mit der Ideologie des Nazifaschismus, diesem Amalgam aus Nationalismus und Rassenhaß, Pseudosozialismus und rabiatem Antikommunismus. Aber diese Naziideologie enthielt keine neuen, keine originellen Ideen. Alles, was Hitler und Goebbels verkündeten, entnahmen sie den Mottenkisten des reaktionären Spießbürgertums. Sie haben es nur bis zur letzten Konsequenz, bis zum Völkermord, weiterentwickelt.

Auch daraus ergibt sich eine wichtige Erkenntnis für die Gegenwart, sagte Genosse Hindels: Kampf gegen den Faschismus bedeutet nicht nur den Kampf gegen offen faschistische Organisationen, sondern von nicht geringerer Bedeutung ist auch der Kampf gegen Nationalismus, Fremdenhaß und Antisemitismus, also gegen jene weitverbreiteten Vorurteile und Stimmungen, die die Menschen anfällig machen für das Rauschgift des Faschismus.

## „Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg“

Schließlich erinnerte Genosse Hindels daran, wie die Revolutionären Sozialisten nach dem Februar 1934 Flugblätter verbreiteten, in denen sie gegen Austrofaschismus und gegen den Nazifaschismus Stellung genommen haben. In drei Worten wurde das Wesen Nazifaschismus erklärt: „Hitler bedeutet Krieg.“ Auch in der Gegenwart sollte der Kampf gegen den Faschismus im Zeichen dieses Slogans geführt werden. Die Parole „Nie wieder Faschismus“ ist zu verknüpfen mit der Parole „Nie wieder Krieg“.

## Aufklärung Aufgabe

Auch kleinere Gruppen, die mit Fremdenhaß in Österreich verfassungsrechtlich verbotene Agenden agieren, nicht unterschätzen. Es ist die Aufgabe der revolutionären Sozialisten, es verfassungsgerechte Verbotsmaßnahmen gegen jene Nazigruppen geben, die das 1935 beschlossene liberale Parteiengesetz Österreichs und demokratiefeindliche Tätigkeiten, sagte Nedwed. Eine neue Parole, die sich aus den Bestimmungen des Verbotsgesetzes und des Artikels 9 des Grundgesetzes ableitet, wurde vom SPÖ-Parlament beschlossen (siehe Seite 5).

Die wichtigste Aufgabe bleibt es, in allen gesellschaftlichen Bereichen, in den Schulen, den Universitäten, in den Betrieben, die antifaschistische Aufklärung durch politische Aktionen gegen die Neonazis zu verstärken, schloß Nedwed.

Fortsetzung auf Seite 4

## Wichtigstellung!

In dieser Ausgabe ist uns im letzten Absatz des Artikels „Aus der Opferfürsorge“ ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen.

Beziehend wiederholen wir den Text, wobei die Korrektur gedruckt und unterstrichen ist.

## Aus der Opferfürsorge

Bezüglich der Änderungen in der 28. Opferfürsorgegesetz-Novelle wurde angefragt, ob alle Inhaber einer Amtsbescheinigung Anspruch auf die Haftzulage haben.

Anspruch auf diese Zulage haben nur Inhaber einer Amtsbescheinigung, wenn sie infolge eines in der Haft erlittenen Gesundheitsschaden eine Opferrente beziehen.

Inhaber einer Amtsbescheinigung, die in Haft waren, aber nie einen Gesundheitsschaden angemeldet haben und daher keine Opferrente beziehen, können keinen Anspruch auf diese Zulage stellen.

## Den Anfängen wehren

Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und schwindendes Vertrauen in die Demokratie waren die Wegbereiter des Faschismus vor 50 Jahren. Durch das Zusammenspielen des Kapitals mit antidemokratischen Gruppen und paramilitärischen Einrichtungen kam es 1933 zur Machtergreifung Hitlers in Deutschland. Die Greuel des Faschismus: Krieg, Millionen Tote, Not, politische Verfolgung, Konzentrationslager, Rassenhaß, sind bekannt. Dies erklärte der stellvertretende Wiener SP-Obmann, Genosse Abg. z. NR Helmut Braun, in der Konferenz des Bildungsausschusses der Wiener SP

zum Thema „50 Jahre nach der Machtergreifung Hitlers — nie wieder Faschismus“.

Trotzdem werden heute immer wieder die Gefahren des Faschismus und auch des Neofaschismus verharmlost. Deshalb wird durch Beschlüsse der Wiener SP und der Sozialistischen Fraktion des ÖGB jede Form der Aufklärung über den Faschismus unterstützt und es werden eigene Aktionen durchgeführt. Insbesondere für junge Menschen ist dies von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Wirtschaftskrise in den letzten Jahren mit einer Massenarbeitslosigkeit von mehr als 34 Millionen Menschen in den westlichen Industriestaaten, die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern sind auch eine Gefahr für die Demokratie, denn der Faschismus könnte einen neuen Nährboden finden. Hier gilt es den Anfängen zu wehren, schloß Genosse Braun.

50 Jahre nach dem 30. Jänner 1933:

# Echo von rechts

50 Jahre sind nun vergangen, seit der greise Reichspräsident Hindenburg am 30. Jänner 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler eines nationalsozialistisch-deutschnationalen Kabinetts ernannte. Die Industrie, vor allem das Großkapital, stand hinter Hitler und seiner NSDAP, die in ihm einen Mann sahen, der endlich mit der „Marxistenbrut“, mit dem „revolutionär-republikanischen Spuk“ aufräumen würde.

Der Innsbrucker Universitätsprofessor Anton Pelinka analysiert diesen politischen Hintergrund der „Machtergreifung“ so: „Teile der Schwerindustrie hofften auf außen- und daher rüstungs- und profitpolitische Expansion; Hitler, der Aufrüster. Deshalb finanzierten sie auch die NSDAP. Die Restbestände feudalen Preußentums hofften, spätestens nach der Komödie von Potsdam, nach der letzten, halbfreien Reichstagswahl, auf die schrittweise Restauration des ‚Reiches‘; Hitler der Platzhalter. Deshalb stellten sie sich bereitwillig als Statisten für das Nationalspiel ‚Deutschland, erwache‘ zur Verfügung.“

Die nackte Bedrohung, die diese Nazimachtergreifung für die deutsche Arbeiterklasse darstellte, fand in dem Aufruf des Parteivorstandes der österreichischen Sozialdemokraten vom 31. Jänner 1933 ihren Ausdruck: „Die Maske ist gelüftet. Hitler ist entlarvt als der Bundesgenosse der Schwerindustriellen und der Aristokraten, als der Schrittmacher der Leute, deren Ziel die Wiederherstellung der Monarchie der Hohenzollern, die Zerschlagung der Kollektivverträge der deutschen Arbeiter, die Demolierung ihrer sozialen Errungenschaften, die Arbeitsdienstpflicht, die Zwangsarbeit unter militärischem Kommando ist. Die deutsche Arbeiterklasse steht vor Entscheidungskämpfen um Freiheit und Brot. Mit unseren heißesten Wünschen, zu tatkräftiger Solidarität bereit, stehen wir an der Seite unserer deutschen Brüder.“

Lange Jahre der bittersten Not, der Unterdrückung und Verfolgung, der Gaskammern und der Konzentrationslager sollten vergehen, ehe die Menschheit das Joch des Nazifaschismus abschütteln konnte.

Eine Fülle von politischen und historischen Beiträgen zum Jahrestag des 30. Jänner 1933 kenn-

zeichnen den Stellenwert, der dem Beginn des sogenannten „Dritten Reiches“ in der zeitgeschichtlichen Forschung eingeräumt wird. Wir wollen uns hier jedoch dem Echo von rechts auf die NS-„Machtergreifung“ zuwenden.

### „Deutsche National-Zeitung“

Allen voran bringt die „Deutsche National-Zeitung“ seit 31. Dezember 1982 in Fortsetzungen Auszüge aus dem Buch „Die nationale Erhebung“ von Georg Franz-Willing aus dem Druffel-Verlag, der dauernd mit einschlägigen rechtsextremen Publikationen, wie etwa „Der Österreich-Anschluß 1938“ oder mit dem Buch von Paul Rassiner „Was ist Wahrheit? Die Juden und das Dritte Reich“ in Erscheinung tritt. Der Autor, über dessen Serie die „Deutsche National-Zeitung“ in der ersten Folge die einleitenden Worte vorgab: „Vor fünf Jahrzehnten kam Adolf Hitler an die Macht. Ein ‚Jubiläum‘, das von den Massenmedien weidlich genutzt wird. Das auf Deutschland beschränkte Phänomen der sogenannten Vergangenheitsbewältigung schlägt sich in einer Flut von Sondersendungen und ‚Gedenk‘-Artikeln nieder... Bevor man Geschichte ‚bewältigen‘ kann, will sie möglichst wahrheitsgetreu dargestellt werden. Daran hapert es freilich... Dies gilt besonders auch für die Zeitgeschichtsschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg“, trat schon als Verfasser des Werkes „Der Zweite Weltkrieg. Ursachen und Anlaß“, erschienen im Druffel-Verlag, an die Öffentlichkeit.

### „Die Kameradschaft“

„Die Kameradschaft. Unpolitisches Mitteilungsblatt für ehemalige Soldaten“, in Wahrheit das Organ der Kameradschaft IV, des Traditionsverbandes der Waffen-SS in Österreich, bringt in der Jänner/Februar-Nummer 1983 unter dem Titel „Einstmals die Hoffnung von Millionen“ einen Beitrag über die NS-„Machtergreifung“. Wir finden hier die kernigen Sätze: „In der Bewertung der historischen Ereignisse, für die anlässlich des Rückblickes auf 50 Jahre Geschichte in allen Medien Hochkonjunktur herrscht, müßte die damalige Lage und Stimmung

Fortsetzung auf Seite 5

# Den neonazistischen Sumpf trockenlegen

## SPÖ-Vorschlag für die Novellierung des Parteiengesetzes

Die Antifaschisten in Österreich fordern seit Jahren ein Verbot der Tätigkeit von rechtsextremistischen Parteien wie ANR und NDP. Viele Resolutionen der Sozialistischen Freiheitskämpfer und der Partei sowie der Jugendorganisationen befaßten sich in der letzten Zeit mit der Frage, wie jene Neonaziparteien, die unter den Schutzmantel des liberalen Parteiengesetzes untergekrochen sind, einer verfassungsmäßigen Überprüfung mit allenfalls erforderlichen Verboten unterworfen werden können. Dabei sind diese Verbotsforderungen nie von der falschen Voraussetzung ausgegangen, daß damit allein der neonazistische Sumpf in Österreich trockengelegt werden könnte. Immer wurde diese Forderung mit der Notwendigkeit des permanenten antifaschistischen Aufklärungsprozesses und des politischen Kampfes gegen die Ideologie des Neofaschismus verbunden.

Gegen Einzelpersonen und Vereine, die im neonazistischen Sinne tätig waren, sind auch in der Vergangenheit entsprechend den einschlägigen Gesetzen, wie NS-Verbotsgesetz, Abzeichnungsgesetz, Pressegesetz, Sprengstoffgesetz, Verhetzungsparagraph und Vereinsgesetz, Anzeigen und Verurteilungen beziehungsweise Verbote und Untersagungen von Vereinen erfolgt. Worum es vor allem heute geht, ist, daß nach dem seit dem Jahre 1975 bestehenden Parteiengesetz die Tätigkeit einer angemeldeten Partei keiner Beschränkung durch besondere Rechtsvorschriften unterworfen werden kann. Im Artikel 1 des Parteiengesetzes heißt es:

§ 1 (1) Die Existenz und Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich (Art. 1 B-VG).

*Fortsetzung von Seite 4*

berücksichtigt werden, um zu einer gerechten Beurteilung zu kommen. Geschähe dieses, wäre es nicht möglich, diesen Anlaß neuerlich dazu zu benutzen, die tragende Generation der dreißiger Jahre erneut an den Pranger zu stellen. Es war eine Generation, die verzweifelt nach einem Ausweg zu suchen gezwungen war, die mit Idealismus Hoffnung faßte und trotz vieler Enttäuschung heute noch immer um ihre Ehre und eine gerechte Beurteilung ihres Handelns kämpfen muß.“

### „Aula“

Besonders angetan haben es rechtsextreme Zeitungen die Fernsehserien in der Bundesrepublik Deutschland über die Nazizeit. Während die „Deutsche National-Zeitung“ vom 4. Februar 1983 vor allem gegen das ARD-Programm geiferte: „Nichts ist primitiv und albern genug, um nicht im sich deutsch nennenden Fernsehen zum Zwecke der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ ausgestrahlt zu werden. Dieses Szenenbild, das schon auf den ersten Blick den Geist des ganzen Streifens verrät, entstammt der ARD-Serie ‚Die fünfte Jahreszeit‘, die in ihrem sechsten Teil (‚Heim ins Reich‘) über die Mattscheiben flimmerte. Um 21.15 Uhr war der braune Unsinn im ersten Programm vorbei“, und in weiterer

(2) Zu den Aufgaben der politischen Parteien gehört die Mitwirkung an der politischen Willensbildung.

(3) Die Gründung politischer Parteien ist frei, sofern bundesverfassungsgesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Ihre Tätigkeit darf keiner Beschränkung durch besondere Rechtsvorschriften unterworfen werden.

Der im Parteiengesetz Art. 1, § 1, Absatz 3 enthaltene Hinweis auf bundesverfassungsgesetzliche Bestimmungen kann leider eine bereits angemeldete Partei nicht zur Auflösung bringen, da eine Kompetenz für eine gesetzlich festgelegte Vorgangsweise zu einer allfälligen Auflösung nicht vorliegt. Und ein nicht verfassungskonformes Verbot könnte diesen Neonaziparteien mit einer formalen Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof noch eine Bestätigung ihres gesetzlichen Bestehens verschaffen. Um eine solche unerträgliche Situation zu verhindern, wurde schon im Jahre 1981 ein erster Vorschlag des SPÖ-Parlamentsklubs veröffentlicht.

### Terrorwelle rüttelte auf

Im August des vergangenen Jahres rüttelte die neonazistische Terrorwelle, in die neben einem BRD-Naziterroristen auch NDP-Leute involviert waren, die Öffentlichkeit auf. Auch jene Politiker und Zeitungen, die bis dahin Verbotsmöglichkeiten ablehnend gegenüberstanden, setzten sich nunmehr für verschärfte gesetzliche und behördliche Maßnahmen ein. Das Präsidium des SPÖ-Bundesparteivorstandes setzte eine Kommission von Juri-

*Fortsetzung auf Seite 6*

Folge gegen die „Geschwister Oppenheim“ von Lion Feuchtwanger und gegen den Bericht von Leo Löwenthal über seine Emigration aus Deutschland auftrat, erregte sich Michael Vogt in der „Aula“, Nr. 1/1983. In dieser Nummer des von der „Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Akademikerverbände Österreichs“ getragenen Aula-Verlages meint Vogt in seinem Artikel „Europa unterm Hakenkreuz. Fernsehummel zum 50. Jahrestag der Machtergreifung“ unter anderem: „Tatsächlich aber dienen die anstehenden TV-Sendungen zum Teil eher der Bewältigung einzelner Fernsehredakteure, in jedem Fall aber der Perpetuierung der Erpreßbarkeit des ganzen deutschen Volkes. Aus ihrer Vergangenheit sollen die Deutschen daher nicht in erster Linie Konsequenzen ziehen, sondern die Darstellung der deutschen Geschichte wird zum Werkzeug der Sieger des Zweiten Weltkrieges, zum Instrument der Entmündigung.“ Gemeint ist dabei die 13teilige Serie „Europa unterm Hakenkreuz – Städte und Stationen“ des Süddeutschen Rundfunks.

Die paar Beispiele zeigen mehr als deutlich, wie sehr die Ereignisse rund um den 30. Jänner 1933 ein Echo von rechts erfahren haben. An uns liegt es, diese Publikationen genau zu verfolgen und dem organisierten Rechtsextremismus unseren entschlossenen Kampf anzusagen.

RETTE DEIN VOLK!

**AUSLÄNDER**

**'RAUS!**



1683  
1983

ÖSTERREICH – DEUTSCHLAND – EUROPA  
MOBILMACHUNG: 1142 WIEN/Postfach 11

Verleger: Medienunternehmen, Herausgeber: Waltraud Schindler, 1070 Wien, Siebensterngasse 38/14

Fortsetzung von Seite 5

sten und Politikern ein, die Vorschläge für eine verfassungskonforme Vorgangsweise mit klaren Kompetenzen ausarbeiten sollte. Dieser Kommission, unter dem Vorsitz des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Klubobmannes Dr. Heinz Fischer, gehörten auch Vertreter der Sozialistischen Freiheitskämpfer und des Bildungsausschusses der SPÖ Wien an. Sie erstellte einen Vorschlag für eine Parteiengesetz-Novelle, deren Grundsätze lauten:

1. Es gibt in Österreich bereits Gesetze im Verfassungsrang, die neonazistische Aktivitäten unter Strafe stellen. Es sind dies das NS-Verbotsgesetz 1947 und der Artikel 9 des Staatsvertrages, der das Wiederaufleben nazistischen Ungeistes im kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben verbietet. Da es andere verfassungsgesetzliche Rechtsgrundlagen hierfür nicht gibt, wird sich die Verbotsmöglichkeit auf diese Bestimmungen beschränken.

2. Die Praxis der Parteienanmeldung nach dem Parteiengesetz hat erwiesen, daß eine Transparenz der Statuten und Grundsätze einer anzumeldenden



## Wohin mit altgewordenen Leidensgenossen?

Viele Kameraden der Kampfzeit gegen die Faschisten sind heute alt und kränklich.

Leider zeigt die traurige Erfahrung, daß nicht jeder mit KZlern zusammensein will, denn „die Vergangenheit ist nicht tot, sie ist nicht einmal vergangen“ (William Faulkner).

Holland und Dänemark schufen für diejenigen, die gegen Hitler kämpften und litten eigene Pflege- und Altersheime. Wir waren Alibizeugen für Österreichs Freiheit, doch die 700.000 „Ehemaligen“ wurden umworben.

50 Jahre nach der Machtergreifung müßte endlich den Opfern jener Zeit ein selbstzuverwaltendes Altersheim gegeben werden (nicht in städtischen Heimen usw.), wo sie unter verständnisvoller Leitung den Lebensabend verbringen können. Eine dringende Aufgabe wäre dies für unsere Mandatäre!  
Ernst Simon, Wien 17

Partei erforderlich erscheint. Deshalb sollten solche Programme und Statuten vor der Anerkennung einer Gruppierung als Partei nicht nur im Innenministerium hinterlegt, sondern in der Wiener Zeitung offengelegt werden. Außerdem wären die zur Vertretung der politischen Partei und ihrer Gliederungen befugten Personen jeweils unmittelbar dem Bundesministerium für Inneres mitzuteilen.

3. Die Kompetenz für die Auflösung einer Partei, die gegen Bestimmungen des NS-Gesetzes beziehungsweise des Staatsvertrages verstößt, sollte verfahrensmäßig klar und eindeutig festgelegt sein. Demnach soll der Innenminister die Kompetenz erhalten, beim Hauptausschuß des Nationalrates eine Parteiauflösung zu beantragen. Beschließt dies der Hauptausschuß mit Zweidrittel-Mehrheit, hat diesen Antrag die Hauptwahlbehörde zu behandeln, die nach einem Verbotsbeschluß auch einen Bescheid erteilt. Dieser Bescheid ist mit der Veröffentlichung in der Wiener Zeitung rechtsgültig. Eine Beschwerde der aufgelösten Partei beim Verfassungsgerichtshof hätte keine aufschiebende Wirkung.

4. In der Parteiengesetz-Novelle wird auch Vorsorge getroffen, daß offensichtlich als Nachfolgeorganisationen gemeldete Parteien sich nicht neu etablieren können.

5. Aufgelöste politische Parteien oder Nachfolgeorganisationen dürfen zu bundes- und landesgesetzlich geregelten Wahlen nicht zugelassen werden.

Mit diesen in der Parteiengesetz-Novelle enthaltenen Grundsätzen ist klar festgelegt, daß von allgemeinen Parteien-Verbotsmöglichkeiten nicht gesprochen werden kann. Deshalb gehen die Vorwürfe, die von ÖVP und FPÖ in diesem Zusammenhang erhoben werden, daneben. Es geht eben nur darum, daß die bereits verfassungsmäßig verbotene NS-Wiederbetätigung und neonazistische Aktivitäten im Bereich schon angemeldeter Parteien unterbunden wird und Neuzulassungen neofaschistischer Parteien verhindert werden.

## Zweidrittel-Mehrheit erforderlich

Für die Beschlußfassung dieser Parteiengesetz-Novelle ist, da es sich um Verfassungsbestimmungen handelt, im Parlament eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Es stellt sich die Frage, ob die ÖVP, die sich gerne als Hüterin der Demokratie und der Verfassung aufspielt, diesmal unter dem Eindruck der neonazistischen Terrorwelle, bei der die Österreicher ihre Betroffenheit gezeigt haben, bereit ist, eine rechtliche Handhabe gegen solche Parteien mitzubeschließen. Wir hoffen jedenfalls, daß die Antinazikreise in der ÖVP nicht völlig ausgestorben sind und über alle tagespolitischen Differenzen hinweg dem antifaschistischen Auftrag unserer Verfassung mit der SPÖ gemeinsam entsprechen werden.

Unsere Grundsätze in der Frage gesetzlicher Maßnahmen gegen Neonaziparteien liegen nunmehr vor. Die Öffentlichkeit, vor allem auch die jungen Menschen, die in der antifaschistischen Bewegung aktiv sind, können sich klar orientieren. Es kommt nunmehr darauf an, diese Grundsätze gesetzlich zu realisieren und dann bei Bedarf auch hart anzuwenden.

## Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:  
Herbert Exenberger, Josef Hindels, Rosa Jochmann, Rudolfine Muhr, Hans Waschek.

# „Komm, Bruno, und komme bald!“

Rosa Jochmann 1946 an Bruno Kreisky

„Rosa Jochmann — Zeitzeugin“ ist der Titel eines Buches, das herausgegeben von Maria Sporrer und Herbert Steiner, demnächst im Europa Verlag erscheint. Wir entnehmen diesem Buch zwei Briefe, die Genossin Jochmann 1945 und 1946 an Bruno Kreisky geschrieben hat, der sich damals noch in Schweden aufgehalten hat.

Die Rückholung der Freunde, welche sich noch in Emigration befanden, lag Rosa Jochmann sehr am Herzen. Bruno Kreisky lebte noch in Schweden und organisierte dort mit schwedischen Regierungsstellen Hilfsaktionen für Österreich. An ihn schrieb Rosa Jochmann am 5. Oktober 1945:

„Ich müßte Dir jetzt einen begeisterten Brief schreiben und Dir mein Entzücken darüber ausdrücken, daß Du lebst, denn so oft wir Deiner gedachten, Käthe Leichter, Helene Potetz und ich, so glaubten wir nicht, Dich noch zu den Lebenden zählen zu können... Wir haben gehört, daß Du geheiratet hast, und so schließen wir Deine liebe Frau in unseren Freundeskreis ein... Wenn es nach den Wahlen geht, Bruno, nimm Deine Frau und mache einen Rutscher zu uns, was glaubst Du, daß wir uns alles zu erzählen haben? Alles Liebe und herzlichsten Freundschaftsgruß, Deine illegale Kampfgefährtin Rosl Jochmann.“

Es blieb nicht bei diesem ersten „Lockruf“ an Bruno Kreisky. Rosa Jochmann hat die Korrespondenz mit ihm aufrechterhalten, und in einem Brief vom 22. Jänner 1946 spricht sie schon sehr deutlich von einer möglichen Rückkehr nach Österreich.

„Heute haben wir in unserem Frauen-Zentralkomitee über die Frage der Emigranten gesprochen, und ich kann Dir nur sagen, daß alle von ganzem Herzen bedauern, daß uns noch so viele fehlen... Wir haben auch von Dir gesprochen und noch von anderen Genossen, und wir empfinden es als Mangel, daß Ihr noch nicht hier seid. Gewiß, Bruno, es geht uns sehr schlecht, in jeder Beziehung, nicht nur mit dem Essen, sondern auch in vielen anderen Dingen... Ich würde Dir auch nicht empfehlen, alle Brücken hinter Dir abzurechen und zu uns zu kommen, so gerne wir das auch wollten, so kann ich Dir diesen Rat doch nicht geben. Du sollst erst einmal sehen, wie es bei uns steht, und dann sollst Du Dich erst entscheiden, was Du tust. Aber von jetzt an freue ich mich schon auf den Moment, wo Du bei uns hereingucken

wirst. Aber ich bitte Dich, Bruno, jage mir keinen Schreck ein und sage mir zuerst, wann Du kommst, denn ich möchte dann auch ganz gewiß in Wien sein und nicht irgendwo auf Agitation. Du kannst Dir ja denken, daß ich öfters wegfahren muß... Wenn Du nur wüßtest, wie



Ihr uns alle abgeht. Immer wieder hört man es überall. Hätten wir doch noch den Otto Bauer, den Felleis und die Leichter und den Danneberg, und so geht es ins Endlose weiter. Wir brauchen einen Nachwuchs, wir brauchen Menschen, die was können, die eine politische Meinung haben und die auch den Mut besitzen, diese zu vertreten. Das brauchen wir! Am Sonntag hatten wir eine Gedenkstunde für unseren lieben Genossen Tschürtsch. Da haben wir uns zum erstenmal fast alle aus der R. S. (Revolutionäre Sozialisten) getroffen, und wir haben uns gefreut, daß wir uns innerlich nicht geändert hatten. Schade, sehr schade, ist es daß viele von uns im April nicht hier waren, aber ich stehe doch auf dem Standpunkt, daß nichts verloren ist, sondern wir müssen nur alles daransetzen, um uns durchzusetzen. Deshalb brauchen wir Euch. Ackermann soll und muß auch kommen, und so mancher andere noch mit. Ich bin gewiß, daß Ihr gerne alle unsere Sorgen mit uns tragen werdet. Von Dir und Ackermann weiß ich es bestimmt. Komm deshalb, Bruno, und komme bald! Du mußt nicht gleich hierbleiben. Aber laß uns beisammen sein und darüber reden, worüber geredet werden muß. Ich freue mich, daß wir auf Dich warten können, und ich grüße Dich in alter, treuer Verbundenheit mit Freundschaft. Deine Rosl.“

## Bestellschein

Ich (wir) bestelle(n):

... Exemplar(e) Rosa Jochmann, Zeitzeugin, zum Vorzugspreis für Mitglieder und Freunde des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer.

S 90. — zuzüglich Versandkosten (Ladenpreis S 98. —).

.....  
Datum/Unterschrift

.....  
Name, Adresse (bitte Blockbuchstaben)

Die Bestellung ist zu senden an: Europaverlag, 1232 Wien, Altmannsdorfer Straße 154 — 156

# Der Weg des Dokumentationsarchivs

Für meine Generation waren zweifellos die tragischen historischen Erfahrungen, die unser Land 1934–1945 erleiden mußte, zutiefst prägend; auch in meinem politischen Denken hinterließen Faschismus, Diktatur und Krieg tiefe Spuren. Schon der Februar 1934, der Untergang der großen sozialdemokratischen Partei, bedeutete eine schwere Erschütterung. Der März 1938, die Besetzung unseres Landes, die Vernichtung unseres geliebten Österreich, der Triumph der nationalsozialistischen Barbarei mit all ihren Konsequenzen, erwies sich für unser ganzes Volk katastrophal. Mitansehen zu müssen, wie gute Freunde und Genossen, so viele jüdische Freunde, nationalsozialistischer Verfolgung zum Opfer fielen, wie der Krieg unsägliches Leid über die gesamte Bevölkerung brachte – wer kann das je vergessen?

Als unser Österreich 1945 wiedererstand, waren wir, die das Glück hatten zu überleben, von dem festen Vorsatz beseelt, alles zu tun, damit nie wieder die Gefahr von Faschismus und Diktatur über unser Land heraufbeschworen wird. In meiner gesamten politischen Tätigkeit, als Landtagspräsident und Bürgermeister von Wien, war ich diesem Vermächtnis verpflichtet. Dem 1963 gegründeten DÖW war ich daher von Anfang an sehr verbunden, und ich schätzte das Engagement und den Idealismus der dort Tätigen. Es war für mich eine Ehre und Aus-

zeichnung, als ich im Jahre 1971 – nach dem Tode des von mir sehr geschätzten Stadtschulratspräsidenten Dr. Max Neugebauer – zum Präsidenten des DÖW gewählt wurde. Im Vorstand des DÖW, in dem Vertreter verschiedener am Widerstand beteiligter politischer Lager und religiöser Gemeinschaften wirken, fand ich einen Kreis von Gleichgesinnten. Wenn ich hier stellvertretend vom DÖW-Vorstand die Abg. z. NR a. D. Rosa Jochmann (Sozialistische Freiheitskämpfer), den Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock (ÖVP-Kameradschaft) und Präsident Dr. Ludwig Soswinski (KZ-Verband) nenne, die für mich den „Geist der Lagerstraße“ repräsentieren, mögen mir die anderen Freunde im Vorstand nicht böse sein. Nur durch den die Parteigrenzen überschreitenden Geist der Kameradschaft und Zusammenarbeit, der in gemeinsam erlittener Verfolgung und in dem gemeinsamen Bekenntnis zu Österreich wurzelt, war es möglich, daß das DÖW aus bescheidenen Anfängen zu einer anerkannten wissenschaftlichen Institution geworden ist. Wenn ich heute die Liste der Kuratoriumsmitglieder durchsehe, so kann ich mit Stolz feststellen, daß neben den ehemaligen Widerstandskämpfern viele der namhaftesten Wissenschaftler Österreichs, Historiker, Germanisten, Juristen, Archivare, viele bekannte Künstler, aber auch schon Angehörige einer engagierten jüngeren Politikergeneration vertreten



Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky 1973 auf Besuch im Dokumentationsarchiv.

sind. Sie alle sind ein wichtiger Rückhalt für die Tätigkeit des DÖW.

Der Motor der Entwicklung des DÖW war zweifellos Herbert Steiner, der Sekretär und wissenschaftliche Leiter seit der Gründung 1963. Ohne seinen unermüdlichen Einsatz, ohne seine wissenschaftlichen und organisatorischen Qualitäten, ohne seine Fähigkeit, Menschen verschiedener politischer und sozialer Herkunft zu gemeinsamer Arbeit zu gewinnen, wäre der Aufschwung des DÖW wohl nicht möglich gewesen. Ich selbst bewundere an Herbert Steiner, daß er, der als Jugendlicher sein Studium abbrechen und in fremdes Land flüchten mußte, dort den gewiß nicht leichten Beruf eines Schriftsetzers erlernte, sich vom manuellen Arbeiter zum Akademiker und Universitätslehrer fortbildete. Ich bin froh, nun schon viele Jahre mit Herbert Steiner zusammenwirken zu können, und hoffe sehr, daß die Schaffenskraft von Herbert Steiner dem DÖW noch viele Jahre erhalten bleibt.

Nicht zuletzt müssen an dieser Stelle auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter des DÖW gewürdigt werden. Ihre selbstlose Arbeit schuf und bildet die Grundlage für die Entwicklung und Tätigkeit des DÖW. Als ehemalige Widerstandskämpfer und Opfer faschistischer Verfolgung versuchen sie auch, ihre Erfahrungen an die junge Generation weiterzugeben. Die zeitgeschichtliche Aufklärung ist heute eine der wichtigsten Aufgaben des DÖW. Es ist erfreulich festzustellen, daß in den letzten Jahren auch jüngere Mitarbeiter in das DÖW gekommen sind und hier eine wissenschaftliche Wirkungsstätte gefunden haben. So wird dieses wichtige Werk in Zukunft auch fortgesetzt werden können.

Das DÖW war stets, besonders aber in letzter Zeit, heftigen Angriffen von politisch Unbelehrbaren ausgesetzt, weil es nicht nur Vergangenheitsbewahrerin und Museum ist, sondern auch gegen rechtsextreme, deutschnationale und antisemitische Strömungen in unserer Zeit auftrat. Wir haben die Stürme um das von uns herausgegebene Buch „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“ unbeschadet überstanden, und die Tatsache, daß dieses wissenschaftliche Werk in kurzer Zeit fünf Auflagen erlebte und in den „Medienkoffer zur österreichischen Zeitgeschichte“ aufgenommen wurde, spricht für sich. Ich halte die Warnung vor den neuen faschistischen und rassistischen Tendenzen — neben der staatspolitischen Aufgabe des Nachweises des „eigenen Beitrages“ Österreichs zu seiner Befreiung (im Sinne der Moskauer Deklaration von 1943) — für die wichtigste Aufgabe, vor der wir in Zukunft stehen werden. Wir werden auch künftig unsere Stimme erheben, wenn es gilt, die Werte, die uns teuer sind — das Andenken der Widerstandskämpfer, Demokratie und Menschenwürde, unser geliebtes Österreich —, gegen alle Anfeindungen zu verteidigen.

Das 20-Jahr-Jubiläum des DÖW wird mit einer nicht unwichtigen Änderung einhergehen: Um die Bestände und die Tätigkeit des DÖW für dauernd zu sichern, wird eine Stiftung errichtet werden, die gemeinsam von der Republik Österreich, der Stadt Wien und dem DÖW getragen wird. Dies bedeutet eine offizielle Anerkennung der staatspolitischen Aufgabe des DÖW. Obwohl unsere Tätigkeit dadurch erleichtert beziehungsweise verstärkt werden kann, rufe ich alle unsere Kuratoriumsmitglieder, Mitarbeiter und Freunde auf, so wie bisher gemeinsam und mit ganzer Kraft für das DÖW einzutreten.

Bruno Marek  
(Mit freundlicher Genehmigung aus: DÖW-Mitteilungen, Sondernummer, Februar 1983)

## Aus der Opferfürsorge

Bezüglich der Änderungen in der 28. Opferfürsorgegesetz-Novelle wurde angefragt, ob alle Inhaber einer Amtsbescheinigung Anspruch auf die Haftzulage haben.

Anspruch auf diese Zulage haben nur Inhaber einer Amtsbescheinigung, wenn sie infolge eines in der Haft erlittenen Gesundheitsschaden eine Opferrente beziehen.

Inhaber einer Amtsbescheinigung, die in Haft waren, aber nie einen Gesundheitsschaden angemeldet haben und daher keine Opferrente beziehen, können Anspruch auf diese Zulage stellen.

## Opferfürsorgegesetz

### Einkommengrenzen ab 1. Jänner 1983

Für Aushilfen (generelle Beschlüsse der OFK):

	1983	1982
Einzelpersonen	S 7.043.—	(S 7.043.—)
*Ehepaare	S 10.565.—	(S 10.565.—)
Erhöhungsbeitrag pro Kind	S 2.507.—	(S 2.507.—)

Einkommengrenzen für übersetzungsmäßige Leistungen gemäß § 12 Abs. 4 OFG:

Einzelpersonen	S 12.595.—	(bis 31. 12. 1982 S 11.938.—)
Ehepaare	S 15.871.—	(bis 31. 12. 1982 S 15.044.—)
Erhöhungsbeitrag pro Kind	S 2.645.—	(bis 31. 12. 1982 S 2.507.—)
Zuschuß für Kurz- bzw. Erholungs- aufenthalt	S 210.—	(bis 31. 12. 1982 S 199.—)
Zuschuß für Zahnkronen	S 1.050.—	(bis 31. 12. 1982 S 995.—)

Für Spitalsaufenthalte und Härteausgleich Be-  
stattungskostenbeitrag:

Einzelpersonen	S 11.938.—	(bis 31. 12. 1982 S 11.938.—)
Ehepaare	S 15.044.—	(bis 31. 12. 1982 S 15.044.—)
*Erhöhungsbeitrag pro Kind	S 2.607.—	(bis 31. 12. 1982 S 2.507.—)

\* Siehe hierzu den Beschluß vom 14. Dezember 1982, Prot. D 62.

## Aus den Landesorganisationen

### Kärnten

**Alpen-Adria-Treffen.** Wie bereits seit einigen Jahren, fand auch voriges Jahr wieder ein Alpen-Adria-Treffen der Kämpfer und Opfer des Faschismus der Länder Sloweniens, Kroatiens, Friauls (Julisch Venetiens), Kärntens und der Steiermark statt. Auf Einladung des Verbandes der Kämpfer gegen den Faschismus Kroatiens fand das Treffen am 20. November 1982 in Kumrovec statt, dem Geburtsort von Marschall Tito. Die Kärntner Delegation wurde von Landesobmann Hans Pawlik angeführt. Neben einer Kranzniederlegung am Denkmal Marschall Titos fand anschließend die Tagung der Delegierten statt, wobei eine Resolution verabschiedet wurde. Mit einer Besichtigungsfahrt endete die Zusammenkunft der Kämpferorganisationen der Nachbarländer.

### Niederösterreich

**Prof. Emil Ptak †.** Die Bezirksgruppe des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer in Krems beklagt einen schmerzlichen Verlust. Ihr langjähriger Bezirkskassier, Prof. Emil Ptak, schied am 15. November 1982 aus dem Leben.

Bereits als junger Mensch wurde Genosse Ptak mit der Brutalität des deutschen Nationalsozialismus konfrontiert. Bald nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland kam er in das Konzentrationslager Dachau. Dank seines großen mathematischen Wissens und durch Intervention eines ehemaligen Schülers wurde er von dort nach Berlin in die Rüstungsindustrie versetzt.

Als ihm nach dem Anschlag auf Hitler zu Ohren kam, daß er wieder in das KZ zurückgebracht werden soll, ging er in den Untergrund.

Nach der Befreiung Österreichs stand Genosse Ptak beim Wiederaufbau seiner Heimat im vollen Einsatz.



**Josef Wondrak †.** Seit dem 15. November 1982 trauern wir um einen Freiheitskämpfer, einem vorbildlichen Parteifunktionär und Kommunalpolitiker – um Altbürgermeister Josef Wondrak. Wenige Tage nach seinem 89. Geburtstag verschied er nach langem schwerem Leiden.

Geboren 1893 – zehn Geschwister, Vater Flößerknecht, Mutter Heimarbeiterin. Gewohnt wurde in einem Zimmer und in der Küche, und da waren noch die Großmutter und zuweilen auch noch zwei Bettgeher. Diese harte Kinder- und Jugendzeit war der Nährboden für seine spätere sozialdemokratische Gesinnung.

Seine Eltern waren Parteigänger der beginnenden österreichischen Sozialdemokratie, und sie haben die Kinder gelehrt, daß eine Welt, die den einen alles gibt und den anderen alles vorenthält, keine gute sein kann und daher geändert werden muß.

Er erlernte den Beruf eines Bandwebers, und wie es der damaligen Handwerkstradition entsprach, begab er sich nach der Gesellenprüfung auf die Walz.

Im Ersten Weltkrieg diente er im 99. Infanterieregiment und wurde in Rußland schwer verwundet.

Nach 1918 wurde er Weggefährte von Eduard Rösch, der der erste sozialdemokratische Bürgermeister von Stockerau war.

Josef Wondrak wurde am 31. Oktober 1920 in den Gemeinderat gewählt und am 14. Dezember 1928 in den Stadtrat als Finanzreferent.

1934, nach der Beseitigung der österreichischen Demokratie durch den Austrofaschismus, wurde er verhaftet und in das Anhaltelager Wöllersdorf eingeliefert. Daraufhin folgten bittere Jahre der Arbeitslosigkeit.

Von 1938 bis 1945, während der nationalsozialistischen Herrschaft, arbeitete Josef Wondrak als Krankenkassenbediensteter, und auch die Lockungen der damaligen Machthaber konnten ihn von seiner sozialdemokratischen Gesinnung nicht abbringen.

Seine führende sozialdemokratische Rolle im Bezirk Korneuburg ließ ihn schon 1945 in den niederösterreichischen Landtag einziehen.

Er war dort ob seines umfangreichen Fachwissens hoch geschätzt und rückte 1954 zum Zweiten Landtagspräsidenten auf und war in dieser Funktion bis 1964 tätig.

Genosse Wondrak war kein lauter Sprecher und kein Deklamierer – um so mehr hörte man ihm zu.

Als Bürgermeister Wondrak nach 25 Jahren Amtszeit aus dem öffentlichen Leben ausschied, verfolgte er noch lange das Geschehen in der Partei und in der Gemeinde. Er konnte sich nun auch anderen Aufgaben widmen und wurde unter anderem Bezirksgruppenobmann der Sozialistischen Freiheitskämpfer für den Bezirk Korneuburg.

Er ist somit wahrlich ein Stück Geschichte seiner Heimat geworden.

An seinem Begräbnis nahm eine große Trauergemeinde teil. Sowohl Landesparteiobmann Leopold Grünzweig als auch Bürgermeister Leopold Richtenzky sowie der Stadtpfarrer hoben in ihren Ansprachen die menschliche Würde, die konziliante Art und die ungeheure Schaffenskraft des Verstorbenen hervor. Josef Wondrak bleibt unvergessen!

### Salzburg

**Jahreshauptversammlung.** Bei der Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Salzburg wurden am 5. Februar 1983 die folgenden Funktionäre einstimmig gewählt:

Landesobmann: Karl Reinthaler, Saalfelden  
Landesobmann-Stv.: Eduard Kittl, Salzburg  
Kassier: Hermann Grabler, Salzburg  
Schriftführer: Eduard Gollmann, Salzburg  
Kontrolle: Albert Mitsche, Hallein  
Paul Renner, Straßwalchen  
Bezirksvertreter: Alois Schnitzhofer, Werfen  
Albert Mitsche, Hallein  
Hermann Sperr, Salzburg

## Aus dem Wiener Landesverband

### Penzing

**Franz Glaserer †.** Wer sich in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei stellt, der erlebt mehr Freude als dies bei anderen Menschen der Fall ist, denn jeder Fortschritt unserer Partei erfüllt ihn mit einer glückhaften Freude!

Gleichzeitig aber wird es ihm bewußt, daß er viel mehr Leid tragen muß als dies bei Menschen der Fall ist, die außerhalb stehen. Immer wieder, und für unsere Generation gilt dies nun, muß er erschrocken innehalten, und er will es nicht wahrhaben, aber es ist bittere Wahrheit, daß wieder einer aus unseren Reihen getreten ist – nein, nicht freiwillig –, der uns so lieb war, als ob wir Blutsverwandte sein würden, als ob er unser Bruder wäre!

So empfanden wir es alle, die dort gestanden sind in der Halle am Baumgartner Friedhof, und es waren sehr viele gekommen, die es auch dort, an der Stätte des Leides, nicht wahrhaben wollten, daß Genosse Franz Glaserer uns verlassen mußte!

Genosse Glaserer war Sozialdemokrat von seiner frühesten Jugend an, und er ging mit uns durch die dunkle Nacht, erfüllt von der Gläubigkeit, daß dieses „Wir kommen wieder“ nicht nur ein Bekenntnis ist, sondern daß wir wieder unser Abzeichen tragen, daß wir wieder am 1. Mai marschieren werden, daß unsere Zeit wiederkommt. Unser Freund machte von nichts viel Aufhebens, weder von der vielen, oft gefährlichen Arbeit, die er getan hatte, auch nicht davon, daß er – neben seinem Beruf – unserer Sache zur Verfügung stand, wann immer und wo immer er gebraucht wurde.

Es wäre interessant, hier seine Prognosen, seine Zuversicht wiederzugeben. Unser Freund Franzl war überdurch-

schnittlich intelligent, denn alles, was er vorausgesagt hatte, nicht auf den Tag zwar, aber seine Zuversicht, die uns sooft Kraft gab, erfüllte sich!

Unser Feund hatte ein gütiges Herz, das vor allem für die schlug, die ohne Recht waren und die Not litten, aber wo immer er half, alles geschah auch dann, wenn wir wußten, daß er zutiefst erschüttert war, ohne viel Aufhebens das Wesentliche war, daß man versuchte, dem zu helfen, der in Not war, und das waren wir alle, und da half er nicht nur mit seinem Rat, sondern immer mit einem verhaltenen Lächeln, so als ob er sich dafür schämen würde, daß er ein Herz hatte.

Unser Bürgermeister hat ihm mit einer wunderbaren Rede ein bleibendes Denkmal gesetzt, indem er die Familie darauf hinwies, daß sie es nicht schwer haben würde, zu erklären, wer der Vater, der Großvater gewesen ist; man muß den Betreffenden nur an der Hand nehmen und zu den vielen Bauten führen, wo eine Tafel den Namen unseres Genossen Franz Glaserer trägt, denn daß diese Tafel dort sein kann, dazu hat er, um den wir weinen, viel beigetragen.

Es ist schwer, zur Kenntnis zu nehmen, daß Genosse Franz Glaserer nicht mehr ist, anders ist es nicht denkbar, denn wir waren ihm so sehr verbunden, und die Freundschaft zu ihm, sein Tun, sein Einsatz, das alles bleibt in uns. Unser Freund und Mitkämpfer, Genosse Franz Glaserer, ist von jedem einzelnen unvergessen — und das sind viele —, die ihn gekannt haben, sie mußten ihm Freund sein, da er neben uns schritt, sie bleiben mit ihm verbunden, jetzt, da sein edles Herz stehenblieb! Wir können und werden ihn

niemals vergessen!

\*

**Jahresversammlung.** Am 5. November 1982 fand im Arbeiterheim Penzing die Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt. Der Vorsitzende, Gen. Emil Franz, begrüßte herzlich die erschienenen Mitglieder und Gäste, insbesondere den Referenten Bundesvorsitzenden-Stellvertreter **Gen. Professor Josef Hindels**, Stadtrat Gen. Peter Schieder, die LAbg. und GR Gen. Christine Schirmer. Die frühere Vorsitzende LAbg. und GR a. D. Gen. Käthe Jonas, den Bezirksvorsteher a. D. Oberschulrat Gen. Heinrich Müller, den Bezirkssekretär Bezirksrat Gen. Willi Jaksch, den Bildungsfunktionär Gen. Robert Capra, weiters den Kinderfreunde-Referenten Gen. Peter Urban und SJ-Vorsitzenden Penzings Gen. Robert Pschirer.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der im Berichtszeitraum leider 38 verstorbenen Mitglieder, davon 24 Genossen und 14 Genossinnen. Stellvertretend für alle Verstorbenen erwähnte Gen. Franz **GR a. D. Gen. Antonia Platzer**, die uns am 24. Oktober 1981 im 91. Lebensjahr verlassen hat. Sie war die Gründerin des Hausgehilfinnenheimes (des heutigen Antonia-Platzer-Heimes in der Hackengasse). Von allen großen Leistungen, die Gen. Platzer in ihrem Leben, als Sozialistin, in der Illegalität, in der Arbeiterhilfe und der Gewerkschaftsbewegung vollbracht hatte, mit dem Hausgehilfinnenheim (in dem stellungs- und unterkunftslose Hausgehilfinnen wohnen konnten, bis sie wieder einen Arbeitsplatz fanden) hatte Genossin Platzer eine wirklich große Tat vollbracht. Heute gedenken und danken ihr noch viele Frauen dafür, die einst in Not waren. Am 7. Mai 1981 verstarb unser ehemaliger Bezirksvorsteher Gen. Franz Lehner im 80. Lebensjahr. Als Schutzbundangehöriger ebenfalls illegal tätig, hat er sich stets für den Freiheitskampf eingesetzt. Wir werden allen unseren Verstorbenen für ihren Einsatz in der „Zeit ohne Gnade“ ein ehrendes Gedenken bewahren, sie „Niemals vergessen“.

Das vorgeschlagene Wahlkomitee, die Gen. Franz Dohnal und Gen. Ernst Walluch sowie Christine Petrak, wurde einstimmig bestätigt.

**LAbg. Gen. Schirmer** überbrachte Grüße des Bezirksvorstandes und wünschte der Versammlung guten Erfolg. Die Aufgabe, die sich die Freiheitskämpfer gestellt haben, die jungen Menschen über die Vergangenheit aufzuklären, ist gerade jetzt in Wahlkampfzeiten mit großer Verwilderung der politischen Sitten besonders wichtig. Ebenso übermittelte Grüße der Jugend **SJ-Vorsitzender Gen. Rober Pschirer** und versicherte, da der Neo-Nazis-

mus sein Haupt wieder erhebt, daß die SJ verstärkt an der Seite der Freiheitskämpfer stehen wird.

Gen. Franz teilte in seinem Bericht mit, daß in 21 Ausschusssitzungen die Arbeiten der Bezirksgruppe beraten wurden. Die regelmäßig abgehaltenen Sprechstunden wurden von Mitgliedern mit Anliegen aufgesucht. Für sechs Mitglieder konnten Gesuche um eine Heimhilfe nach Spitalsaufenthalt positiv erledigt werden.

Bezirksrat Gen. Stiller brachte den Kassabericht, dankte den Mitgliedern herzlich für die prompte Überweisung der Jahresmitgliedsbeiträge und teilte noch mit, daß im Berichtszeitraum **66** neue Mitglieder, davon **44** Genossen und **22** Genossinnen geworben werden konnten. Leider haben wir 38 durch Todesfälle wieder verloren.

Namens der Kotrolle stellte Gen. Adolf Hofstätter den Antrag auf Entlastung des Kassiers und des scheidenden Ausschusses. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nachdem zu den Berichten keine Wortmeldung erfolgte, erstattete Gen. Ernst Walluch im Auftrag den Wahlkomitees den folgenden Wahlvorschlag, der ebenfalls einstimmig angenommen wurde.

#### Neugewählter Bezirksausschuß

Vorsitzender	Gen. Emil Franz
Vorsitzenderstellvertreter	Gen. Ernst Stiller
Kassierin	Gen. Hermine Haslinger
Kassierinstellvertreter	Gen. Adolf Hofstätter
Schrift- und Katasterführerin	Gen. Karin Gross
Schrift- und Katasterführerinstellvertreterin	Gen. Relj Stiller
Kontrolle	Gen. Karl Glück, Gen. Herbert Burger

In seinem wie stets vergnüglichen Referat klärte Gen. Prof. Hindels die Mitglieder über den neuen Faschismus in Österreich auf. Über gefährliche Vorfeldorganisationen, die faschistisches Gedankengut verbreiten, über den „hundsgemeinen Faschismus des Alltags“, Fremdenhaß usw., oder wenn nach einem gemeinen Verbrechen gesagt wird: „So etwas hätte es unter Hitler nicht gegeben.“ Leider trägt die Weltwirtschaftskrise (viele Millionen von Arbeitslosen in Deutschland, England, Amerika) viel dazu bei, dem Faschismus Auftrieb zu geben. Verbote der neofaschistischen Organisationen, wie der NDP und ANR, die wir fordern, genügen alleine nicht. Nur die verstärkte Aufklärung der Menschen, vor allem der Jugend, kann den Kampf gegen den neuen Faschismus aufnehmen. Unser Motto bei der Bundeshauptversammlung.

In der Diskussion verlangte Gen. Traude Wider, daß künftige Lehrkräfte während ihrer Ausbildungszeit in den pädagogischen Akademien durch Mauthausen geführt werden sollen (am besten unter Führung eines „Zeugen der Zeit“, der das Grauen des KZ selbst erleben mußte), damit die Lehrkräfte richtig über die „Zeit ohne Gnade“ und das damalige Leben im KZ informiert werden. Zum Beispiel: Eine junge Lehrerin aus Linz besuchte mit ihrer Schulklasse Mauthausen. Sie informierte sich vorher bei ihrem zuständigen Bezirksschulinspektor, dieser gab ihr ein Buch über die KZ mit, das aber die Tatsachen **nicht richtig wiedergab**; so wichtig es für die Schüler ist, im Geschichtsunterricht über die Vergangenheit informiert zu werden, falsch dürfen sie keinesfalls unterrichtet werden. **Gen. Karl Glück** ist empört über die Ignaz-Seipel-Briefmarke. Vorsitzender Gen. Franz dankte Gen. Prof. Hindels herzlich für seine wichtigen informativen Ausführungen. Er versprach, auch die Bezirksgruppe Penzing werde gegen den neuen Faschismus kämpfen, die Jugend aufklären, was Faschismus bedeutet, damit niemals mehr eine „Zeit ohne Gnade“ komme.

Nachdem keine Wortmeldung unter „Allfälligem“ mehr erfolgte, appellierte Gen. Franz an die Genossinnen und Genossen, in den nächsten Monaten alle Kraft für den neuerlichen Sieg unserer Partei einzusetzen, damit es am 24. April wieder eine sozialistische Mehrheit im Wiener Rathaus und in der Bundesregierung gibt **unter unserem Genossen Dr. Kreisky**, damit schloß Gen. Franz mit „Niemals vergessen“ die Versammlung.

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

**P. b. b.**

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

## DER HEISSE DRAHT

Information aus erster Hand  
Bitte rufen Sie uns an

Wien (0 22 2) **15 16**

Graz (0 31 6) **849**

Innsbruck (0 52 22) **19 56**

Klagenfurt (0 42 22) **195**

Linz (0 73 2) **155**

Salzburg (0 62 22) **194**

SPÖ-Tonbanddienst

**Redaktionsschluß**  
für die nächste Nummer: 15. April 1983

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H., Wien 5, Rechte Wienzeile 97. Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Information der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.

# Sprechstunden

## in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 ..... Di. 16 bis 18 Uhr  
3, Landstraßer Hauptstraße 96 ..... Jeden 1. u. 3. Mi.  
17 bis 19 Uhr  
4, Wiedner Hauptstraße 60 b ..... Jeden 1. Di.  
17 bis 18 Uhr  
5, Kohlgasse 27 ..... Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr  
6, Otto-Bauer-Gasse 9 ..... Di. 18 bis 19 Uhr  
7, Neubaugasse 25 ..... Jeden Di. 16 bis 18 Uhr  
8, Albertgasse 23 ..... Jeden 1. Do.  
17 bis 18 Uhr  
9, Marktgasse 2/I ..... Di. 16 bis 18 Uhr  
10, Laxenburger Str. 8/10/I ..... Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr  
11, Simmeringer Hauptstraße 96 a ..... Jeden 2. u. 4. Di.  
18 bis 19 Uhr  
12, Ruckergasse 40 ..... Mi. 15 bis 16 Uhr  
13, Wolkersbergenstr. .... Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr  
14, Linzer Straße 297 ..... Jeden 2. Mi. 15 bis 16 Uhr  
15, Hackengasse 13 ..... Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr  
16, Zagorskigasse 6 ..... Do. 18 bis 19 Uhr  
17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung) ..... Mo. 17 bis 18 Uhr  
18, Gentzgasse 62 ..... (nach Vereinbarung)  
19, Billrothstraße 34 ..... Di. 16 bis 18 Uhr  
Opferfürsorge ..... Jeden 1. u. 3. Do. 16 bis 18 Uhr  
20, Raffaelgasse 11 ..... Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr  
21, Franz-Jonas-Platz 8 ..... Jeden Di. 17 bis 18 Uhr  
22, Donauefelder Str. 259 ..... Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr  
23, Liesing, SPÖ-Bez.-Schr., Klublokal  
(Parterre),  
Breitenfurter Str. 360, Stg. 1 .. Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

## in unseren Fachgruppen

### Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

## in unseren Landesverbänden

### Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,  
Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, ..... Jeden 1. Di.  
Landesparteisekretariat ..... 11 bis 12 Uhr  
Baden, Rathaus Traiskirchen, ..... Jeden 1. Mo.  
F. Jirovetz, Sozialreferent ..... 8 bis 9 Uhr  
Mödling, Hauptstraße 42, ..... Jeden 1. Samstag  
Bezirkssekretariat der SPÖ ..... 9.30 bis 11 Uhr  
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 ..... Jeden 1. Samstag  
Bezirkssekretariat der SPÖ ..... 10 bis 12 Uhr  
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, ..... Jeden 1. Freitag  
Bezirkssekretariat der SPÖ ..... 9 bis 11 Uhr  
Schwechat, Rathausplatz 7, ..... Jeden 1. Dienstag  
Körnerhalle, Rauchsalon ..... 9 bis 11 Uhr

### Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2,  
Bezirkssekretariat der SPÖ ..... Tägl. 9 bis 12 Uhr

### Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,  
ÖGB-Haus, ..... Tägl. außer Sa.  
I. Stock, Pensionistenverband ..... 10 bis 12 Uhr

### Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, ..... Jeden Mo. und Mi.  
Zimmer 3 ..... 9 bis 11 Uhr  
Steyr, Leopold-Werndl-Straße 10, ... Jeden Do.  
15 bis 17 Uhr

### Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße ..... Jeden Di. und Fr.  
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 ..... 8 bis 12 Uhr

### Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, ..... Jeden 1. Mi.  
Zimmer 17 ..... 18 bis 19 Uhr  
Bruck an der Mur,  
Schillerstraße 22  
Kapfenberg, Volksheim ..... Jeden 2. Mi.  
Wiener Straße, Zimmer 14 ..... 18 bis 19 Uhr  
Mürzzuschlag, Bezirks- ..... Jeden 1. Freitag  
sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28 ... 14 bis 16 Uhr

# Richtigstellung!

Auf Seite 9 dieser Ausgabe ist uns im letzten Absatz des Artikels „Aus der Opferfürsorge“ ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen.

Untenstehend wiederholen wir den Text, wobei die Korrektur fettgedruckt und unterstrichen ist.

## Aus der Opferfürsorge

Bezüglich der Änderungen in der 28. Opferfürsorgegesetz-Novelle wurde angefragt, ob alle Inhaber einer Amtsbescheinigung Anspruch auf die Haftzulage haben.

Anspruch auf diese Zulage haben nur Inhaber einer Amtsbescheinigung, wenn sie infolge eines in der Haft erlittenen Gesundheitsschaden **eine Opferrente beziehen**.

Inhaber einer Amtsbescheinigung, die in Haft waren, aber nie einen Gesundheitsschaden angemeldet haben und daher keine Opferrente beziehen, können **keinen** Anspruch auf diese Zulage stellen.